

**Justus Richter**

## Parteien und Wahlen in Indien

Entwicklungstendenzen im indischen Parteiensystem

Indien gilt mit einer Bevölkerung von etwa 930 Millionen Einwohnern zumindest nach diesem quantitativen Kriterium als die größte Demokratie der Welt. Das seit der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1947 von der Kongreßpartei dominierte Spektrum politischer Parteien hat sich seit Ende der achtziger Jahre in Richtung auf ein symmetrisches Parteiensystem mit einer größeren Chance des Machtwechsels entwickelt.<sup>1)</sup> Diese aus demokratietheoretischer Sicht positive Entwicklung zu einem alternierenden Parteiensystem ist jedoch aufgrund der hindunationalistisch populistischen Orientierung der BJP (Bharatiya Janata Party) erheblich zu relativieren. Die BJP, im Deutschen am besten mit "Indischer Volkspartei" wiedergegeben, konnte bei der jüngsten Reihe von sechs Wahlen zu Parlamenten indischer Bundesstaaten ihren Stimmenanteil deutlich ausbauen und stellt seither insbesondere im industriellen Kernland Maharashtra mit der Hauptstadt Bombay und im ebenfalls westindischen Bundesstaat Gujarat die Regierung. Die Ausgangsthese lautet daher, daß im Jahre 1995 die säkulare politische Ordnung Indiens weiter aufgeweicht wurde und sich infolgedessen das Parteienspektrum entlang der Konfliktlinie aus säkularem und hindunationalistischem Staatsverständnis polarisierte.

Vor dem Hintergrund der für April 1996 vorgesehenen Wahlen zum indischen Unterhaus stellen sich insbesondere die beiden folgenden Fragen: Wird die BJP bereits auf kurze Sicht zumindest die relative Mehrheit im indischen Unterhaus Lok Sabha erringen können, und bedeutete die Machtübernahme durch die Hindunationalisten die irreversible Abkehr vom säkular geprägten demokratischen System? Um der Beantwortung dieser beiden Fragen näherzukommen, bedarf es zunächst eines Blickes auf die Strukturmerkmale des indischen Parteiensystems. Sodann interessieren die Erstarkung der BJP und die Konfliktlinie zwischen säkularem und religiös bestimmtem Staatsverständnis. Zur Beurteilung der Chancen für eine Machtübernahme durch die Hindunationalisten ist es schließlich hilfreich, die im Jahre 1995 durchgeführten Wahlen einer etwas näheren Betrachtung zu unterziehen. Die bei diesen Urnengängen erkennbaren Veränderungen im Wahlverhalten lassen jedoch – wie gezeigt werden wird – nur begrenzte Rückschlüsse auf die kommenden Parlamentswahlen zu.

### **Typologisierung und Strukturmerkmale des indischen Parteiensystems**

Die Einordnung des indischen Parteiensystems in eine politikwissenschaftliche Typologie oder Terminologie, die sich in den westlichen pluralistischen Demokratien entwickelte und primär auf diese bezogen ist, bedarf einer besonderen Berücksichtigung der landesspezifischen Besonderheiten der indischen Demokratie. Es erscheint zulässig, von dem Grundsatz auszugehen, daß die sozioökonomische Konfliktstruktur einer Gesellschaft und deren Interessengruppen (als die unabhängige Variable) das Parteiensystem (als die abhängige Variable) determiniert. Diese Korrelation erweist sich grundsätzlich auch im Parteiensystem Indiens als gültig, sie erfährt aber durch die geopolitisch räumliche, ethnische, religiöse und soziale Vielschichtigkeit Indiens zugleich in mehreren Dimensionen ihre indische Eigenart.

Die föderative Struktur Indiens mit 25 Bundesstaaten, die jeweils über eigene Parlamente verfügen, hat zur Herausbildung zahlreicher Regionalparteien geführt.<sup>2)</sup> Diese Parteien verstehen sich als die Interessenvertreter einer meist auf einen Bundesstaat begrenzten Wählerschaft und streben daher in ihrer überwiegenden Zahl den Machterhalt oder die Machterlangung primär auf regionaler – und nur sekundär auf nationaler – Ebene an.

Andererseits haben sich in Indien mit wenigen Ausnahmen keine Parteien etabliert, die ausdrücklich nur die Wählerschaft eines Bundesstaates ansprachen und keine nationalen Ambitionen hatten.<sup>3)</sup> Die regionalen Unterschiede haben in Verbindung mit der föderativen Ordnung Indiens in jedem Bundesstaat ein spezifisches regionales Parteiensystem geschaffen.<sup>4)</sup> Bei einer an der Zahl der Parteien orientierten Definition lassen sich dabei Quasi-Einparteiensysteme, Zwei-, Mehr-, und Vielparteiensysteme unterscheiden. Diese regionalen Subsysteme politischer Parteien sind nicht in sich abgeschlossen, sondern stehen über die landesweite politische Kultur mit den Entwicklungen auf der nationalen Ebene in enger Beziehung und beeinflussen sie nachhaltig und wechselseitig.

Interessanterweise hat das in Indien bestehende Mehrheitswahlrecht auch fast fünfzig Jahre nach der Unabhängigkeit nicht zur Herausbildung eines Zweiparteiensystems auf der nationalen Ebene geführt.<sup>5)</sup> Einer der wichtigsten Vorzüge des Mehrheitswahlrechts besteht in der Machtzuweisung an eine Regierung, die sich aufgrund ausreichenden parlamentarischen Rückhalts durch ein besonderes Maß an Handlungsfähigkeit auszeichnet. Diese Regel scheint jedoch im Falle Indiens nur beschränkte Gültigkeit zu haben.

Die Genese der Kongreßpartei, deren Wurzeln in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückreichen, die Rolle der Partei bei der Erlangung der Unabhängigkeit und schließlich die besondere charismatische Legitimation ihrer ersten nationalen Führer haben zur Entstehung einer prädominanten Kongreßpartei einerseits und einer Vielzahl überwiegend kleinerer, oftmals nur regional vertretenen Parteien unterschiedlichster politischer Couleur andererseits geführt. Die Kongreßpartei bildete als staatstragende und staatsgetragene Partei den *mainstream* der indischen Politik, und die im Spektrum links von ihr stehenden Oppositionsparteien waren untereinander zerstritten. Diese Uneinigkeit kam bei bestehendem Mehrheitswahlrecht immer der Kongreßpartei zugute.<sup>6)</sup>

Im Unterschied etwa zu den Parteiensystemen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zeigt somit das indische Parteiensystem das bei einem Mehrheitswahlrecht bemerkenswerte Manko, daß sich nicht zwei etwa gleich starke demokratische Volksparteien herausgebildet haben, die bei ungefährender Chancengleichheit miteinander um die Machtzuweisung in demokratischen Wahlen konkurrieren. Vielmehr wurde das indische Parteiensystem jahrzehntelang durch die Kongreßpartei geprägt.<sup>7)</sup> Es bestand daher in den vergangenen Jahrzehnten nur eine vergleichsweise geringe Chance des Machtwechsels. Nach den Siegen der hindunationalistischen BJP bei den Wahlen in mehreren Bundesstaaten hat sich jedoch eine deutliche Verschiebung der Gewichte zugunsten der Oppositionsparteien ergeben. Durch die Vorherrschaft einer allein oder in einer Koalition nahezu fortwährend regierenden Partei liegt im Falle Indiens – zumindest bis Mitte der neunziger Jahre – der Typus des Prädominanzsystems vor.

Die herkömmliche Typologie des Parteiensystems nach dem Anzahlskriterium bedarf der qualitativen Erweiterung durch Berücksichtigung der ideologischen Distanz der Parteien und der Richtungen ihres Wettbewerbs untereinander. Die sozioökonomische Konfliktstruktur und die erheblichen regionalen Disparitäten haben zu einem stark fragmentierten und polarisierten Parteiensystem geführt. Das Spektrum reicht dabei von faschistoid-nationalistischen Parteien am rechten Rand über gemäßigt konservative und sozialdemokratische Parteien bis hin zu verschiedenen kommunistischen Parteien am linken Rand. Befand sich die Kongreßpartei insbesondere außen- und wirtschaftspolitisch bis Ende der achtziger Jahre eher auf der linken Seite des politischen Spektrums, so ist mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes eine generelle Orientierung der Partei in Richtung auf die politische Mitte zu beobachten. Diese Neubestimmung des politischen Standorts auf der Rechts-Links-Achse hat zu einem zentrifugalen politischen Wettbewerb mit den kleineren Parteien geführt. Als eine der jüngsten Entwicklungen ist jedoch mit dem Erstarken der BJP eine wachsende Polarisierung und damit zugleich ein zunehmend zentripetaler Wettbewerb zwischen den beiden größten Parteien erkennbar. Die hier nur skizzenhaft umrissenen Strukturmerkmale des indischen

Parteiensystems erlauben eine Typologisierung als “prädominant-zentrifugales Vielparteiensystem”.

Für das Verständnis der indischen Mehrparteiendemokratie ist auch ein Blick auf die Art und Weise der Willens- und Entscheidungsprozesse innerhalb der einzelnen Parteien hilfreich. In bezug auf die innerparteiliche Demokratie lassen sich die folgenden Charakteristika als landesspezifisch typisch festhalten:

- 1) Innerhalb der politischen Parteien bestehen gravierende ideologische Unterschiede.
- 2) Die Parteien neigen in besonderem Maße zur Bildung von innerparteilichen Flügeln, die überwiegend nicht auf programmatisch-ideologischen Gegensätzen sondern auf Rivalitäten innerhalb der Parteiführung beruhen und bis zur Parteispaltung führen können.
- 3) Die Selektion und Beförderung von Parteifunktionären und die Auswahl politischer Mandatsträger erfolgen oftmals durch Kooptation und persönliche Loyalitäten.
- 4) Bei der Nachfolgeregelung in höchsten Parteiämtern spielen dynastische Prinzipien eine wichtige Rolle.

Aus den zuletzt im Jahre 1991 durchgeführten Wahlen zum indischen Unterhaus, der Lok Sabha genannten Kammer, ging die Kongreßpartei unter Führung von P.V. Narasimha Rao mit 36,4 Prozent der Stimmen und 227 Mandaten als Sieger hervor.<sup>8)</sup> Dieses Ergebnis war jedoch das zweitschlechteste in der Parteigeschichte und bedeutete nur die relative Mehrheit der Sitze. Zweitstärkste Partei wurde mit 20,2 Prozent und 119 Mandaten die gemeinsam angetretene BJP/BJS.<sup>9)</sup> Die sozialistisch orientierte Janata Dal erreichte 11,6 Prozent und 56 Mandate. Die beiden wichtigsten kommunistischen Parteien konnten ihre Positionen – ungeachtet der Umbrüche in Osteuropa – sogar leicht ausbauen: Die marxistische CPM erhielt mit 6,3 Prozent 35 Mandate, und die hiervon noch zu unterscheidende CPI (Communist Party of India) errang 2,5 Prozent und 14 Sitze. Die übrigen Stimmenanteile und Mandate entfielen auf die zahlreichen Splitterparteien und auf die als unabhängige Kandidaten angetretenen Independents.

Das Jahr 1995 ließ für das indische Parteiensystem die Verstärkung zweier Entwicklungen erkennen, die bereits seit den achtziger Jahren zu beobachten waren: die auch aufgrund der relativen Schwäche der Kongreßpartei scheinbar unaufhaltsame Erosion der säkularen politischen Ordnung und die Polarisierung des Parteiensystems. Mit Blick auf die voraussichtlich im April 1996 stattfindenden Wahlen zum indischen Unterhaus sind diese beiden Entwicklungen in der eingangs zitierten “größten Demokratie der Welt” von besonderem Interesse.

### **Die Bedrohung des säkularen Staatswesens durch den Hindunationalismus**

In der indischen Verfassung ist an herausgehobener Stelle, bereits in der Präambel, der säkulare Charakter der Republik verankert.<sup>10)</sup> Der indische Staat hat Neutralität in religiösen Angelegenheiten zu wahren.<sup>11)</sup> Nach Art. 19 der Verfassung genießen alle Staatsbürger unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit, ihres Geschlechts etc. die gleichen Rechte und Pflichten. Art. 25 bis 28 bestimmen den säkularen Charakter des Staates und gewährleisten die Religionsfreiheit. In einer der umfangreichsten Verfassungen der Welt wird diese Thematik schließlich in den Art. 15 (1) und (2), 16 (2), 29 (2) und 325 präzisiert, und Art. 30 gewährleistet zusätzlich bestimmte Minderheitenrechte. Im Verfassungsgrundsatz des Säkularismus kann eine der grundlegenden Voraussetzungen für politischen Pluralismus und ein funktionierendes Mehrparteiensystem erkannt werden.

Vorab bedarf es einiger wichtiger Begriffsdefinitionen: “Säkularismus” läßt sich als die politische Ideologie der Herrschafts- und Vermögenssäkularisation verstehen, die auf der Zurückdrängung der Religion aus Staat und Gesellschaft basiert. Der Terminus “Verweltlichung” oder (synonym verwendbar) “Säkularisierung” beschreibt den Prozeßcharakter dieser politischen Denkweise. Im verfassungsrechtlichen Sinne wird in

Indien unter "Säkularismus" der Schutz und die Gleichbehandlung der verschiedenen Religionsgemeinschaften sowie der Verzicht auf die Erklärung eines bestimmten Glaubens zur Staatsreligion verstanden.<sup>12)</sup> Im Unterschied dazu läßt sich der Begriff "Laizismus" als die Ideologie der Trennung von religiöser und politischer Sphäre definieren.

"Hindunationalismus" wird im indischen Kontext als die politische Ideologie verstanden, die an die religiös-nationalen Gefühle der Hindus appelliert und die Vorherrschaft der hinduistischen Mehrheitsbevölkerung über die religiösen und ethnischen Minderheiten anstrebt.<sup>13)</sup>

Indien weist eine ethnisch und religiös stark fragmentierte Gesellschaft auf, deren antagonistische Konfliktlinien, namentlich zwischen Hindus und Muslimen, nur durch eine säkulare rechtsstaatliche Ordnung überwunden werden können. Ein Überblick über die prozentuale Stärke der wichtigsten religiösen Gruppierungen ergibt folgendes Bild: Hindus 82,64, Muslime 11,35, Christen 2,43, Sikhs 1,96, Buddhisten 0,74, Jains 0,48 und Sonstige 0,43.<sup>14)</sup> Aus dieser Heterogenität ergibt sich, daß die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen durch die strukturellen Minderheiten in besonderem Maße vom säkularen Charakter des Staates abhängt.<sup>15)</sup> Diese Minderheiten würden sich nicht repräsentiert fühlen und könnten sich allein aufgrund ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit mit einem durch die religiös-politische Ideologie der Mehrheitsbevölkerung geprägten politischen System kaum identifizieren. Schließlich wären die Minoritäten in ihren politischen Partizipationsmöglichkeiten benachteiligt.

Das Prinzip des Säkularismus wurde bislang in Indien von den demo-kratischen Parteien nicht in Frage gestellt. Unverkennbar jedoch spielt die Religion in der indischen politischen Kultur eine zunehmende Rolle. Die BJP, die sich anschickt, in der nächsten Legislaturperiode die Regierung zu stellen, kann als Oppositionspartei nicht auf eine unzweifelhafte demokratische Tradition zurückblicken. Vielmehr stellt sich die Frage, ob diese Partei nicht eine Opposition im System, sondern eine Opposition zum System darstellt. Bei optimistischer Betrachtungsweise würde sich die BJP im Falle einer Machtübernahme an demokratische Spielregeln halten und sich in der Regierungsverantwortung bewußt mäßigen und zur politischen Mitte hin orientieren. Im Falle einer Regierungswechsels wäre demzufolge mit einer Fortführung der Politik der Kongreßpartei durch die BJP und einer regelrechten *Congressization* der BJP zu rechnen.<sup>16)</sup> Skeptiker sehen jedoch in der BJP eine der größten Bedrohungen für den Fortbestand der indischen Demokratie. Den Pessimisten schließlich erscheint der Hindunationalismus gar als der Übergang in eine totalitäre Diktatur auf dem Wege demokratischer Wahlen. Die fortschreitende innenpolitische Polarisierung und der Verlauf der antagonistischen Konfliktlinie zwischen säkularem und hindunationalistischem Staatsverständnis in den neunziger Jahren entlud sich insbesondere in der Zerstörung der Moschee von Ayodhya im Dezember 1992 durch fanatisierte Hindus und in den darauffolgenden Unruhen in Bombay.<sup>17)</sup> Der von der BJP vertretene Hindunationalismus ist nicht mit dem in der Verfassung verankerten Prinzip des Säkularismus vereinbar.<sup>18)</sup>

Das Auftreten der BJP und der Shiv Sena Partei hat auch im Jahre 1995 die innenpolitischen Auseinandersetzungen maßgeblich geprägt, die demokratische politische Kultur Indiens belastet und Konfliktlinien hervortreten lassen, die zuvor nur latent vorhanden waren und die man überwunden glaubte.<sup>19)</sup> Eine besondere Rolle spielten dabei – auch auf der nationalen Ebene – die Entwicklungen in den beiden Bundesstaaten Maharashtra und Gujarat. Besorgniserregend sind in diesem Zusammenhang die bei der nationalistischen Shiv Sena Partei feststellbaren faschistoiden Züge. Mit dieser Partei, wörtlich "Armee Shivas", ging die BJP bei den Parlamentswahlen in Maharashtra im Februar 1995 eine Koalition ein. Im Jahre 1995 wurden außer in Maharashtra insbesondere auch in den Bundesstaaten Gujarat, Bihar und Orissa Wahlen zu den Länderparlamenten durchgeführt.<sup>20)</sup> Eine besondere

innenpolitische Bedeutung gerade für die 1996 anstehenden Wahlen zum indischen Unterhaus kommt den Wahlen in Maharashtra zu.

### **Der Sieg der Hindunationalisten bei den Wahlen im Bundesstaat Maharashtra vom 9. Februar 1995**

Der indische Bundesstaat Maharashtra verfügt mit 79 Millionen Einwohnern über eine Bevölkerungszahl in der Größenordnung der Bundesrepublik Deutschland.<sup>21)</sup> Der Anteil Maharashtras an der indischen Gesamtbevölkerung beträgt lediglich 9,2 Prozent, die anteilige Industrieproduktion des Bundesstaates liegt jedoch bei nahezu einem Viertel. Diese Eckdaten spiegeln das besondere wirtschaftliche und politische Gewicht Maharashtras innerhalb Indiens wider.

Maharashtra galt jahrzehntelang als traditionelle Hochburg der Kongreßpartei, die aus allen seit 1952 durchgeführten Wahlen – mit Ausnahme der des Jahres 1978 – als stärkste Partei hervorging. In dem vorangegangenen Wahlgang vor fünf Jahren konnte die Kongreßpartei mit 38,2 Prozent der Stimmen 141 der 288 Mandate erringen.<sup>22)</sup> Die Shiv Sena Partei erreichte einen Stimmenanteil von 15,9 Prozent und erhielt 52 Sitze, die Janata Dal kam auf 12,8 Prozent und 24 Sitze, und die BJP erzielte lediglich 10,7 Prozent und 42 Sitze. Durch diese Mandatsverteilung in der letzten Legislaturperiode war trotz des bestehenden Mehrheitswahlrechts die von Ministerpräsident Sharad Pawar geführte Kongreßregierung in Maharashtra nicht mit der notwendigen parlamentarischen Mehrheit und der damit verbundenen politischen Handlungsfähigkeit ausgestattet.

Die Kongreßpartei befand sich für die Wahlen zur State Legislative Assembly vom 9. Februar 1995 durch Korruptionsaffären und innerparteiliche Querelen in einer ungünstigen Ausgangslage. Die innerparteilichen Widersacher fanden zudem in den Medien eine ihrer tatsächlichen Bedeutung nicht zukommende Beachtung.<sup>23)</sup> In der öffentlichen Meinung wog besonders schwer, daß die Regierung bei den religiös motivierten Unruhen in Bombay vom Dezember 1992 und Januar 1993 durch Tatenlosigkeit auffiel. Im Anschluß an die Zerstörung der Moschee von Ayodhya durch fanatisierte Hindus hatte sich insbesondere in Maharashtra das zwischen den Hindus und Muslimen aufgestaute Konfliktpotential entladen. Der Regierung wurde in diesem Zusammenhang vorgeworfen, die Minderheiten nicht ausreichend geschützt zu haben.

Die Oppositionsparteien, namentlich die hindu-populistische BJP und die agitatorisch schlagkräftige nationalistische Shiv Sena Partei, nutzen die Unzufriedenheit der Bevölkerung und machten die Problemfelder des Preisniveaus von Nahrungsmitteln, der inneren Sicherheit, der Korruption und des Machtmißbrauchs zu den wichtigsten Wahlkampfthemen. Zugleich sagten diese beiden mit einer Koalitionsaussage gemeinsam angetretenen Parteien im Falle ihrer Machtübernahme die Schaffung von drei Millionen neuen Arbeitsplätzen und die Verbesserung der Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit Elektrizität und Trinkwasser zu.

Die Zustimmung für Sharad Pawar, dem “Ministerpräsidenten” Maharashtras, der in Indien Chief Minister genannt wird, lag vor der Wahl bei 35 Prozent. Die Sympathie von reichlich einem Drittel der Wählerschaft ist unter Berücksichtigung der von ihm in der Legislaturperiode 1990-1995 zu verantwortenden politischen Skandale ein überaus hoher Wert.<sup>24)</sup> Demgegenüber sprachen Bal Thackeray, dem Führer der nationalen Shiv Sena Partei, nur 16 Prozent der Wählerschaft ihre Präferenz aus. Das Wahlergebnis zeigt jedoch, daß die relative Popularität des Chief Ministers nicht in Stimmenanteile bei den Parlamentswahlen umgesetzt werden konnte.

Bei der Wahl am 9. Februar 1995 waren 288 Mandate zu vergeben. Die Kongreßpartei verlor gegenüber der Wahl vor fünf Jahren nahezu acht Prozentpunkte und 60 Sitze und erhielt mit 30,4 Prozent Stimmenanteil nur noch 81 Mandate.<sup>25)</sup> Etwa ein Prozent weniger Stimmen

erzielte die aus BJP und Shiv Sena gebildete Allianz; sie erhielten insgesamt 138 Mandate und verfehlten damit nur knapp die absolute Mehrheit. Die von Bal Thackeray geführte nationalistische Shiv Sena war in 170 Wahlkreisen angetreten und konnte mit einem landesweiten Stimmenanteil von 16,6 Prozent 73 Sitze erringen. Die BJP hatte – mit einer noch größeren

Effizienz – nur in 117 Wahlkreisen kandidiert und mit einem Stimmenanteil von lediglich 12,8 Prozent 65 Mandate erreicht. Gegenüber der Wahl von 1990 entspricht dies zwar nur einem Zuwachs von drei Prozent aber 23 Mandaten. Auf der Verliererseite stand neben der Kongreßpartei die Janata Dal, die von 11,2 auf 5,7 Prozent zurückfiel und sich in der Zahl der Mandate von 24 auf 11 mehr als halbierte. Ebenfalls in der Größenordnung von sechs Prozent lag der Stimmenanteil einer Gruppe von Kandidaten, die sich entgegen den Gesetzmäßigkeiten und Zwängen des Mehrheitswahlrechts von der Kongreßpartei abgespalten hatten und als Independents angetreten waren.

Aufschlußreich ist ein Vergleich mit dem Stimmenanteil der Kongreßpartei bei den Wahlen zur Lok Sabha im Jahre 1991: Vier Jahre zuvor konnte die Partei bei den Wahlen zum indischen Unterhaus im Bundesstaat Maharashtra 48,4 Prozent erzielen gegenüber 30,4 Prozent bei den 1995 durchgeführten Wahlen zur State Legislative Assembly – eine beachtliche Differenz von 18 Prozentpunkten. Das Wahlergebnis von Maharashtra zeigt somit ein außerordentliche Bereitschaft der Wähler zu unterschiedlichem Wahlverhalten bei regionalen und nationalen Wahlen. Das Wahlverhalten in der Regionalwahl war gegen das als korrupt empfundene Establishment gerichtet, die Wählerschaft brachte ihre Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage und der geringen Problembewältigungskapazität der Regierung zum Ausdruck.

Am 14. März 1995 wurde der neue Chief Minister Manohar Joshi vereidigt. Die von ihm geführte Regierung kündigte sogleich eine Reihe von Maßnahmen an, die sich jedoch, wie sich bald zeigte, nur teilweise in die Praxis umsetzen ließen. Als wichtiger symbolischer Schritt wurde die Umbenennung von Bombay, der Hauptstadt Maharashtras, in “Mumbai” verkündet. Die Regierung wollte auf diese Weise die Rückbesinnung auf die eigene Identität und die Abkehr vom kolonialen Erbe demonstrieren. Zweitens wurde zur Begrenzung des Zustroms von illegalen Einwanderern in die Metropole Bombay – es soll an dieser Stelle an dem gebräuchlicheren Namen festgehalten werden – ein Maßnahmenkatalog vorgestellt. Diese besonders von der Shiv Sena propagierte Politik richtet sich in erster Linie gegen Pakistanis und Bangladeshis.<sup>26)</sup> Sie weist jedoch nicht nur anti-islamische sondern auch anti-westliche und regional-nationalistische chauvinistische Züge auf.

### **Die Wahlen in Gujarat vom 20. - 25. Februar 1995**

Der im Westen des Landes gelegene Bundesstaat Gujarat gilt wie das benachbarte Maharashtra als im indischen Vergleichsmaßstab überdurchschnittlich entwickelt. Gujarat verfügt über eine höhere landwirtschaftliche Produktivität als die meisten Bundesstaaten und zählt zugleich zu den führenden Industriezentren Indiens. Ebenfalls vergleichbar mit Maharashtra galt Gujarat mit seinen ca. 43 Millionen Einwohnern jahrzehntelang als eine der Hochburgen der Kongreßpartei.

Aus den Wahlen in den Jahren 1980 und 1985 ging die Kongreßpartei mit einer absoluten Mehrheit hervor. Bei den zuletzt 1990 durchgeführten Wahlen erlitt die Kongreßpartei jedoch eine schwere Niederlage und erhielt mit 30,8 Prozent der Stimmen, einem Minus von 25 Prozent, nur noch 33 der 182 zu vergebenden Sitze. Die Janata Dal erreichte vor fünf Jahren 29,3 Prozent und 70 Sitze, die BJP kam auf 26,7 Prozent und 67 Mandate.<sup>27)</sup> Eine der Hauptursachen für das damalige Debakel der Kongreßpartei war die Zulassung von Unruhen zwischen den Angehörigen verschiedener Kasten und Minderheiten.

Bei den Wahlen in Gujarat vom 20. - 25. Februar 1995 befand sich die Kongreßpartei in der für sie ungewohnten Ausgangslage als Oppositionspartei. Mit Wahlkampfunterstützung von Kongreßpolitikern der Zentralregierung, selbst der Ministerpräsident P. V. Narasimha Rao schaltete sich ein, versuchte die Partei die Macht in Gujarat zurückzugewinnen. Die Wahlkampfstrategie zielte insbesondere auf die Stimmen der starken islamischen Minderheit ab, deren Wahlverhalten in vielen Wahlkreisen als ausschlaggebend angesehen wurde. In der Kongreßpartei war man beunruhigt durch den Wechsel von islamischen Stammwählern zu anderen Parteien. Bereits 1994 war diese Wählerwanderung bei den Wahlen in den südindischen Bundesstaaten Andhra Pradesh und Karnataka sichtbar geworden.<sup>28)</sup> Deshalb stellte sich die Partei nun sehr deutlich als Garant der Religionsfreiheit dar. Dominierte bei indischen Wahlkämpfen bis Anfang der neunziger Jahre der traditionelle Kontakt zwischen Politikern und Wahlvolk, so zeigte sich 1995 bei den Wahlen in Gujarat ein auffälliger Einsatz von elektronischen Medien, insbesondere von Wahlwerbespots im Fernsehen. Kurz vor der Wahl zeigte sich Demoskopie zufolge eine Polarisierung zwischen BJP und Kongreßpartei zu Lasten der Janata Dal und der Splitterparteien.<sup>29)</sup> Die Umfrageergebnisse wiesen zudem aus, daß von der hinduistischen Bevölkerung 31 Prozent die Kongreßpartei und 43 Prozent die BJP bevorzugten, für die islamische Minderheit betrug dieses Verhältnis 55 zu 17 Prozent. Schließlich wurde der BJP ein Kompetenzvorsprung bei der Bekämpfung der Korruption, der Wiederherstellung von Recht und Ordnung und der Lösung gesellschaftlicher Konflikte zugemessen. Die Kongreßpartei lag demgegenüber in der Perzeption der Wählerschaft vorn bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze, der Gewährung politischer Stabilität und der Haltung zu den Minderheiten.

Bei den im Jahre 1995 durchgeführten Wahlen konnte die Kongreßpartei ihren nach der Niederlage von 1990 sehr niedrigen Stimmen- und Mandatsanteil nur geringfügig verbessern. Mit 33,4 Prozent legte sie nur 2,5 Prozentpunkte zu. Die BJP hingegen steigerte sich von 26,7 um 16,3 auf 43 Prozent im Stimmenanteil. Diese Wählerwanderung ging in erster Linie zu Lasten der Janata Dal, die von 29,5 auf 5,2 Prozent zurückfiel. Sonstige Parteien und unabhängige Kandidaten erzielten nach 12,9 Prozent im Jahre 1990 nunmehr 21,7 Prozent. Dieser vergleichsweise hohe Anteil läßt auf eine mangelnde Parteidisziplin und unter Berücksichtigung des Mehrheitswahlrechts sehr geringe Integrationskraft der großen Parteien schließen.

Die Sitzverteilung nach den Wahlen in Gujarat ergibt folgendes Bild: Die BJP steigerte sich von 67 auf 121 Sitze, und die Kongreßpartei erhielt 45 nach zuvor 33 Mandaten. Die Janata Dal als der große Verlierer büßte sämtliche 70 Sitze ein. Die Independents schließlich erreichten 16 Sitze. Nur die unabhängigen Kandidaten der Kongreßpartei hatten Erfolg, die der BJP und der Janata Dal kamen nur auf einen halben Prozentpunkt Stimmenanteil und erhielten keinen einzigen Sitz.

Der Wahlsieg der BJP kann in erster Linie als Verdienst ihres Führers Keshubhai Patels angesehen werden, der aus dem einfachen ländlichen Milieu stammt. Er galt der Masse der auf dem Land lebenden Bevölkerung als einer der ihren. In den nach dem Wahlsieg abgegebenen Erklärungen sicherte er eine zügige Umsetzung der Wahlversprechen zu. Die unter den Minderheiten bestehenden Ängste seien völlig unbegründet und nur aus wahltaktischen Gründen von der Kongreßpartei geschürt worden.

Als Chief Minister wurde Keshubhai Patel feierlich vereidigt. Er äußerte sich zuversichtlich, daß seine Partei auch die 1996 stattfindenden Wahlen zum indischen Unterhaus gewinnen werde. Der Vorsitzende der BJP, L. K. Advani, forderte die Parteianhänger auf, geschlossen für diesen Wahlsieg zu kämpfen, er werde ihnen dann nicht zu nehmen sein.<sup>30)</sup> Seine Forderung nach einem Rücktritt der Regierung unter Premierminister P. V. Narasimha Rao, der die moralische Legitimität für eine Fortsetzung der Amtsgeschäfte verloren habe, entbehrte allerdings jeder verfassungsrechtlichen Grundlage und verhallte ungehört. Unverkennbar jedoch sah sich die von der Kongreßpartei geführte Regierung in New Delhi

nach den Wahlniederlagen in Maharashtra und Gujarat mit einem verstärkten innenpolitischen Druck und einer kritischeren Berichterstattung in den Medien konfrontiert. Nach dem Wahlsieg der BJP kam es bei der Regierungsbildung zu einer Konzentration der Ämter: Keshubhai Patel riß die Ressortzuständigkeiten für Planung, Städtebau, ländliche Entwicklung und Öffentlichkeitsarbeit an sich. Der Cabinet Minister übernahm die Portfolios Finanzen, Industrie und Bergbau sowie Justiz und Parlamentsangelegenheiten. Diese Zusammenlegungen waren ein Versuch, zwei rivalisierende Parteiflügel und ihre jeweiligen Führer zu befrieden und machtpolitisch auszubalancieren. Im Laufe des Jahres 1995 kam es jedoch zu einer innerparteilichen Revolte gegen Keshubhai Patel, aus der schließlich sein innerparteilicher Widersacher Suresh Mehta im Kampf um das Amt des Chief Ministers als Sieger hervorging.<sup>31)</sup>

Aus der Sicht der Kongreßpartei gibt es mehrere Erklärungsansätze für die erneute Wahlniederlage in Gujarat. Die wichtigsten Gründe für das Debakel sind folgende:

- 1) Die Kongreßpartei konnte durch parteiinterne Rivalitäten und Flügelkämpfe nicht in der bei einem Mehrheitswahlrecht besonders bedeutsamen Geschlossenheit antreten.
- 2) Die islamische Minderheit war von der Kongreßpartei desillusioniert, sie verweigerte ihr die Gefolgschaft, obwohl sie ihr traditionell nahesteht.<sup>32)</sup>
- 3) Schließlich war der Wahlkampf schlecht vorbereitet, und es gelang nicht, die Anhängerschaft in ausreichendem Maße zu mobilisieren.

Die Führung der Kongreßpartei in Gujarat befindet sich somit für die Wahlen zum indischen Unterhaus in einer ungünstigen Ausgangslage. Es verbleibt nur wenig Zeit, um die Partei programmatisch-konzeptionell und personell zu erneuern. Dieses für die Kongreßpartei düstere Bild wurde jedoch durch die zwei Wochen später im Bundesstaat Orissa durchgeführten Wahlen etwas aufgehellt.

### **Der Machtwechsel durch die Wahlen in Orissa vom 7. - 9. März 1995**

Der Bundesstaat Orissa liegt im Osten Indiens am Golf von Bengalen und zählt im indischen Vergleichsmaßstab bei einer Fläche von 155.707 km<sup>2</sup>, dies entspricht fast der Hälfte der Bundesrepublik Deutschland, mit etwa 32 Millionen Einwohnern zu den mittelgroßen Bundesstaaten. Etwa 80 Prozent der Bevölkerung Orissas sind in der Landwirtschaft tätig, und der Reisanbau bildet traditionell die wichtigste Erwerbsquelle.

Zum Verständnis der jüngsten Wahlen in Orissa bedarf es einer kurzen Rückblende. Bei den Wahlen zur State Legislative Assembly des Jahres 1985 erreichte die Kongreßpartei mit 51,2 Prozent die absolute Mehrheit der Stimmen und erhielt 117 der insgesamt 145 zu vergebenden Mandate.<sup>33)</sup> Zweitstärkste Partei wurde die Janata Party mit 13,8 Prozent und 19 Sitzen.<sup>34)</sup> Bei den Wahlen des Jahres 1990 kehrten sich die politische Gewichte unter den beiden führenden Parteien quasi um: Die Janata Dal erreichte mit 53,7 Prozent 123 Sitze, und die Kongreßpartei fiel nach erdrutschartigen Verlusten auf 29,8 Prozent und zehn Mandate zurück. Die BJP erzielte 3,6 Prozent und erhielt zwei Sitze. Ebenfalls geringfügig verbessern konnte sich die CPI auf drei Prozent und fünf Sitze.

Die Parteien verfügen in Orissa nur über eine geringe Stammwählerschaft, und der relativ große Anteil an Wechselwählern gestaltet den Ausgang der Wahlen offen. Die Kongreßpartei befand sich in der abgelaufenen Legislaturperiode mit nur zehn Abgeordneten in der Oppositionsrolle und in einer ungünstigen Ausgangslage für die Wahlen vom 7. - 9. März 1995. Der Wahlkampf dauerte einen Monat länger, da die Wahlen ursprünglich vier Wochen vor diesem Termin hätten stattfinden sollen. Im Wahlkampf herrschte die traditionelle Form der Kundgebung und der direkte persönliche Kontakte mit dem Wähler vor. Wahlwerbespots im Fernsehen und anderweitige Nutzung elektronischer Medien spielten nur eine untergeordnete Rolle. Die beiden führenden Parteien Orissas, Janata Dal und Kongreßpartei, hatten jedoch Videofilme auf den Markt gebracht, um die guten eigenen Leistungen und die



Missetaten der Gegenseite zu visualisieren. Die Kongreßpartei in Orissa konnte im Wahlkampf auf Unterstützung führender Politiker aus New Delhi, unter ihnen vor allem P. V. Narasimha Rao, bauen. Er kritisierte, daß die nunmehr abzulösende Janata Dal die von der Regierung in New Delhi bereitgestellten Mittel für soziale Maßnahmen nicht verausgabte habe. In ähnlicher Form wie zuvor in Gujarat warnte der indische Ministerpräsident bei Fortbestand der jetzigen Regierung vor Minderheitenkonflikten. Nur die Kongreßpartei sei in der Lage, allen Bevölkerungsteilen gerecht zu werden. Die Janata Dal stellte im Wahlkampf ihre lokalen Größen, die von Chief Minister Biju Patnaik angeführt wurden, in den Vordergrund.

Zwei Beispiele mögen die "Programmatik" der Parteien illustrieren: Die Kongreßpartei machte das Wahlversprechen, durch staatliche Subventionen den Preis für ein Kilogramm Reis auf zwei Rupien, entsprechend etwa acht Pfennige, zu senken. Die Janata Dal versprach den etwa 200.000 Beschäftigungslosen die Zahlung eines Arbeitslosengeldes in Höhe von 200 Rupien pro Monat.<sup>35</sup> Die politischen Parteien blieben im Wahlkampf weitgehend programmatisch ohne Profil. Die Unterbreitung verschiedener politischer Programme durch die Parteien, aus denen der Wähler das seiner Interessenlage entsprechende Angebot auswählt, hat sich in der aus westlichen Demokratien bekannten Form nicht entwickelt, oder es spielt nur eine vergleichsweise untergeordnete Rolle.

Im Unterschied zu den Wahlen in Maharashtra und in Gujarat trat die Kongreßpartei in Orissa mit geradezu zur Schau gestellter Geschlossenheit auf. Sie konnte ihren Stimmenanteil um nahezu zehn Prozentpunkte steigern und erhielt mit 39,4 Prozent 80 der insgesamt 147 zu vergebenden Mandate. Die Janata Dal erreichte 35,4 Prozent der Stimmen, ein Minus von 18,4, und die Zahl der Sitze verringerte sich überproportional von 123 auf 46. Die BJP konnte in den östlichen Bundesstaaten auch im Jahre 1995, wie die Wahlen in Orissa zeigen, noch nicht größere Segmente der Wählerschaft an sich binden. Ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau konnte sie jedoch ihren Stimmenanteil mit 7,9 Prozent mehr als verdoppeln und erhielt neun Mandate.

Bei Wahlanalysen besteht ein beliebter (jedoch tautologischer) Erklärungsansatz für einen Regierungswechsel in der nicht sehr aussagekräftigen Deutung, das Wahlverhalten sei geprägt gewesen von einem Faktor des "Anti-Establishment".<sup>36</sup> Die Führung der Janata Dal warf sich nach dem Debakel Selbstzufriedenheit vor, hatte doch das Verhältnis der Mandate zwischen Janata Dal und Kongreßpartei vor der Wahl 123 zu 10 betragen. Bei Mehrheitswahlrecht drückt sich jedoch eine relativ geringe Verschiebung in Stimmenanteilen überproportional in Mandaten aus, wodurch sich die Chance des Machtwechsels erhöht. Offenbar konnte die Janata Dal im Gefühl der eigenen Stärke ihre Anhängerschaft nicht im notwendigen Maße mobilisieren. Nach der Reihe von Niederlagen hatten die Führungen der Kongreßpartei in New Delhi und in Bhubaneswar, der Hauptstadt Orissas, dem Wahlausgang eine besonders hohe Bedeutung zugemessen. Es galt, den Abwärtstrend der Partei ein Jahr vor der 1996 anstehenden Wahl zum indischen Unterhaus zu durchbrechen. Von dieser Zielsetzung motiviert betrieb die Kongreßpartei in Orissa einen ungewöhnlich personal- und kostenintensiven Wahlkampf. Schließlich war in einigen Wahlkreisen ausschlaggebend, daß die Tribals und Harijans wieder zur Kongreßpartei überwechselten.<sup>37</sup> Trotz seines angeschlagenen Images konnte sich Janaki Ballav Patnaik, meist kurz "J. B. Patnaik" genannt, im Wettstreit um die Besetzung des Amtes des Chief Ministers durchsetzen. Bereits in den achtziger Jahren hatte J. B. Patnaik die Regierungsgeschäfte im Staate Orissa geführt, eine Vergangenheit, die ihm im Wahlkampf und bei der Neubesetzung des Postens nicht überall zum Vorteil gereichte. Seine Wiederwahl wurde mit der Notwendigkeit einer starken und erfahrenen Führungspersönlichkeit gerechtfertigt, eine Erklärung, die in Anbetracht der katastrophalen wirtschaftlichen Lage mit einer gewissen Plausibilität vorgetragen werden konnte.

Die neue von der Kongreßpartei gestellte Regierung wird ihre Aufgaben in der Schaffung neuer Arbeitsplätze und in der Begrenzung der in der vergangenen Legislaturperiode stark gestiegenen Staatsverschuldung sehen. Die Partei muß das Vertrauen der Wähler zurückgewinnen, um ihre Machtbasis in Orissa abzusichern und die Ausgangslage für die Wahlen zur Lok Sabha im Jahre 1996 zu verbessern. Insofern gab der Wahlausgang in Orissa für die Kongreßpartei ein Signal zum Aufbruch auf der nationalen Ebene aber auch für die unmittelbar darauffolgenden Wahlen in dem politisch noch wichtigeren benachbarten Bundesstaat Bihar.

### **Die Wahlen im krisengeschüttelten Bundesstaat Bihar vom 11. - 28. März 1995**

Bihar liegt im Osten Indiens und zählt mit und 86,4 Millionen Einwohnern zu den bevölkerungsreichsten und politisch bedeutsameren Bundesstaaten. Bei einer Fläche von 173.877 km<sup>2</sup> und einer Bevölkerungsdichte von über 500 Einwohnern/km<sup>2</sup> ist Bihar etwas mehr als halb so groß wie die Bundesrepublik Deutschland und mehr als doppelt so dicht besiedelt. Der sozioökonomische Entwicklungsstand ist selbst im indischen Vergleichsmaßstab niedrig.<sup>38)</sup>

Mit Ausnahme der Wahlen des Jahres 1977 war Bihar von 1969 bis 1985 eine Hochburg der Kongreßpartei. Der Janata Dal gelang die Ablösung der Kongreßpartei im Jahre 1990, als sie zwar einen um weniger als ein Prozent niedrigeren Stimmenanteil erzielte (23,9 zu 24,7), aber dennoch nach der Zahl der Mandate die Kongreßpartei schlagen konnte (121 zu 71), weil sie in den meisten Wahlkreisen gewann, in denen sie Kandidaten aufgestellt hatte.<sup>39)</sup> Die BJP konnte seinerzeit 10,9 Prozent der Stimmen, für den Osten Indiens ein beachtliches Ergebnis, erreichen und erhielt 39 der insgesamt 324 Mandate.<sup>40)</sup> Auf *Independents* und "Sonstige" entfiel mit nahezu 30 Prozent der größte Stimmenanteil und mit 44 Mandaten bedeuten diese kleineren Gruppierungen eine bei einem Mehrheitswahlrecht bemerkenswerte Fragmentierung des Parteiensystems.

Bihar steht im Ruf einer besonderen ökonomischen Rückständigkeit und die politische Elite des Landes gilt als machtbesessen und korrupt.<sup>41)</sup> Mehr als in jedem anderen indischen Bundesstaat haben sich in Bihar mafiaähnliche politische Strukturen herausgebildet. In der politischen Auseinandersetzung und der politischen Kultur ist Gewalt geradezu integraler Bestandteil, sie spielte auch im Wahlkampf des Jahres 1995 eine wichtige Rolle. Bis zum ersten Wahlgang wurden mindestens 40 politische Morde verübt.<sup>42)</sup> Außerdem wurden im Vorfeld der Wahl 34 Entführungen, 15 Bombenanschläge, 17 Zusammenstöße mit Schußwechseln von Anhängern verschiedener Parteien sowie 14 Angriffe auf Polizisten statistisch erfaßt. Die Ordnungshüter mußten angewiesen werden, ohne Vorwarnung zu schießen, um bei der angespannten Sicherheitslage die Durchführung der Wahlen zu gewährleisten. Für den Schutz der 11.456 Wahllokale wurden hunderte von Sicherheitsdiensten und paramilitärische Einheiten aufgeboden.<sup>43)</sup>

Aufgrund der prekären Sicherheitslage wurden die Wahlen mehrfach verschoben. Dadurch entstand eine verfassungsrechtlich komplizierte Lage: Die Legislaturperiode endete am 15. März 1995, also bereits vor dem Ende der Wahlen, und der Chief Minister Laloo Prasad Yadav stand während der Wahlen nur einer geschäftsführenden Regierung vor. Um den ohnehin schwierigen Ablauf der Wahl nicht zusätzlich zu belasten, wurde Bihar erst unmittelbar nach Beendigung der Wahlen am 28. März der Exekutive der Zentralregierung unterstellt.<sup>44)</sup> Laloo Prasad Yadav bezeichnete diese Maßnahme, die in Neu Delhi ergriffen worden war, um einer Staatskrise in Bihar vorzubeugen, als eine Verschwörung auf höchster Ebene, womit die Kongreßpolitiker der Zentralregierung und der als oberster Wahlleiter fungierende, politisch sehr einflußreiche Chief

Election Commissioner, T. N. Seshan, gemeint waren. Der in Indien kurz als "Laloo" bekannte Politiker bezeichnete die Einführung der *President's rule* als Angriff auf die

Demokratie und den Volkswillen. Die Biharis und die Janata Dal würden diese Maßnahme auf allen Ebenen bekämpfen.

Die politischen Positionen der Parteien und ihre Programmatik blieben vergleichbar der Situation in anderen Bundesstaaten auch in Bihar für das Wahlvolk eher diffus und selbst für den politischen Beobachter schwer erkennbar. Nahezu unabhängig von Parteiprogrammen orientiert sich die Masse der Wähler, die unter der Armutsgrenze lebt, in ihrem Wahlverhalten offenbar an den Wahlversprechen der Parteien. Auf größeres Interesse stieß im Wahlkampf hingegen die Berichterstattung über die politisch motivierte Gewalt.

Die Kongreßpartei trat als Volkspartei auf und stellte im Falle ihrer Wahl ein breites Spektrum unterschiedlichster Vergünstigungen für nahezu jedermann in Aussicht. Hierzu zählte beispielsweise die Prämie von fünf bis zehn Kilogramm Reis pro Kind von Familien, die unterhalb der Armutsgrenze leben, unter der Voraussetzung, daß das Kind eine Schule besucht. In der Innenpolitik wurde die Durchsetzung von law and order versprochen. Der BJP-Vorsitzende L. K. Advani suchte im Wahlkampf glaubhaft zu machen, daß es zwischen der Janata Dal in Bihar und der Führung der Kongreßpartei in New Delhi geheime Absprachen hinsichtlich der *President's rule* und der geschäftsführenden Regierung unter Laloo Prasad Yadav gegeben habe. Die Janata Dal trat mit dem Slogan "Arbeit für jeden – Brot für jeden!" an.

Die Janata Dal ging aus den Wahlen als klarer Sieger hervor: Sie verfehlte mit 160 der 324 Mandate nur knapp die absolute Mehrheit.<sup>45)</sup> Die Kongreßpartei mußte abermals eine schwere Niederlage hinnehmen und erhielt mit lediglich 16,5 Prozent Stimmenanteil nur 29 Sitze.<sup>46)</sup> Damit fiel die Traditionspartei auf den dritten Platz noch hinter die BJP zurück, die 41 Mandate in der State Legislative Assembly beanspruchen kann. Die Linksparteien konnten insgesamt 32 Sitze auf sich vereinen. Die Splitterparteien wurden überwiegend von der Janata Dal aufgesogen, *Independents* und "Sonstige" erhielten zusammengekommen 62 Mandate. Die Janata Dal verdankt den Wahlsieg in erster Linie der Unterstützung durch die rückständigen Bevölkerungsmassen. Diese *Backwards*, zu denen auch die *Harijans* oder *Dalits* als die Unberührbaren zählen, konnten sich am besten mit ihrem charismatischen Führer "Laloo" identifizieren und stimmten nahezu geschlossen für die Janata Dal. Sie dominierte bei einer durch den Gegensatz zwischen Backward und Forward Classes polarisierten Wählerschaft in den breiteren Segmenten. Die BJP fand insbesondere in den stärker urban geprägten Wahlkreisen und in den sozial höheren Schichten Zuspruch und verdrängte in diesem Milieu die Kongreßpartei.

Am 4. April 1995 wurde Laloo Prasad Yadav als Chief Minister vereidigt. Die Kongreßpartei sieht sich nach den Siegen der BJP und der Shiv Sena in den westindischen Bundesstaaten Maharashtra und Gujarat in den östlichen Bundesstaaten mit einer erstarkten und selbstbewußten Janata Dal konfrontiert. Relativ unangefochten herrscht die Kongreßpartei damit nur noch in den nordöstlichen Bundesstaaten.

## **Die Wahlen in den beiden nordöstlichen Bundesstaaten Manipur (16. - 19. Februar 1995) und Arunachal Pradesh (11. März 1995)**

Manipur und Arunachal Pradesh zählen zu einer Gruppe von sieben kleineren im Nordosten Indiens gelegenen Bundesstaaten.<sup>47)</sup> Manipur erlangte den Status eines Bundesstaates innerhalb der indischen Union im Jahre 1972, Arunachal Pradesh hingegen erst 1987. Beide Staaten weisen ein unwegsames gebirgiges Terrain auf, sind dünn besiedelt und erscheinen gesellschaftlich durch die ethnisch-religiöse und sprachliche Heterogenität zahlreicher kleinerer Bergvölker stark fragmentiert.

In Manipur konnte bei den zuvor im Jahre 1990 durchgeführten Wahlen die Kongreßpartei 26 Mandate erreichen.<sup>48)</sup> Die Legislaturperiode 1990 – 1995 war durch instabile Koalitionsregierungen gekennzeichnet, die von der MMP (Manipur People's Party), der Kongreßpartei und von einer de facto aus Parteiüberläufern bestehenden Gruppierung geführt wurden. Durch mangelnde Parteidisziplin verfügte die Kongreßpartei im Jahre 1994 über die Hälfte der 60 Mandate.

Eines der wichtigsten Wahlkampfthemen war der Territorialstreit zwischen Manipur und Nagaland, der in den Problemen ethnischer Minderheiten und deren politischem Zusammengehörigkeitsgefühl wurzelt. Aus den Wahlen vom 16. bis 19. Februar 1995 ging die Kongreßpartei mit 21 Sitzen als stärkste Partei hervor. Die MPP erhielt 18 Mandate, die Janata Dal kam auf sieben und die CPI, die Samata Party und die NPP (National People's Party) auf jeweils zwei Sitze. Die Oppositionsparteien schlossen sich nach der Wahl zu einem United Legislature Front genannten Parteibündnis zusammen, das insgesamt über 32 Mandate und damit deutlich mehr als die Kongreßpartei verfügte.

Den innenpolitischen Kampf um die Bildung einer parlamentarischen Mehrheit konnte die Kongreßpartei – wiederum mit Hilfe von Überläufern – für sich entscheiden.<sup>49)</sup> Wenngleich Reishang Keishing als Chief Minister vereidigt werden konnte, spiegelt auch das Wahlergebnis in Manipur den in fast allen Bundesstaaten erkennbaren Trend einer Abkehr der Wähler von der Kongreßpartei wider. Neben Orissa stellt Arunachal Pradesh, das jedoch in seinem politischen Gewicht nicht überschätzt werden sollte, eine Ausnahme dar.

Bei den in Arunachal Pradesh zuvor im Jahre 1990 durchgeführten Wahlen konnte die Kongreßpartei mit 44,3 Prozent der Stimmen 37 der insgesamt 60 Mandate erringen.<sup>50)</sup> Zweitstärkste Partei wurde mit 32,9 Prozent und 11 Sitzen die Janata Dal. Bei den Wahlen vom 11. März 1995 konnte die Kongreßpartei ihren Vorsprung zu einer Zweidrittelmehrheit ausbauen und erhielt mit 50,6 Prozent der Stimmen 43 Mandate. Die Janata Dal konnte sich nur in drei Wahlkreisen durchsetzen, und die übrigen Mandate entfielen auf Splitterparteien und Independents. Damit konnte die Kongreßpartei in Arunachal Pradesh seit 1979 zum vierten Mal in Folge den Chief Minister durch Gegong Apang stellen.<sup>51)</sup>

Der Wahlsieg der Kongreßpartei in Arunachal Pradesh kam nicht überraschend. Die Partei regiert dort unter der Führung des Landesvaters Gegong Apang unangefochten. Die Oppositionsparteien verfügen über keine ausreichende Organisationsstruktur und sind untereinander zerstritten. Arunachal Pradesh ist als ein Sonderfall zu betrachten und erlaubt daher nur sehr begrenzt Rückschlüsse auf gesamtindische Entwicklungen.

### **Entwicklungsmöglichkeiten**

Die Ergebnisse der Wahlen zu den Parlamenten von Unionsstaaten dürfen nicht vorbehaltlos auf die für April 1996 vorgesehenen Wahlen zum indischen Unterhaus projiziert werden. In Indien besteht die in zahlreichen föderativ organisierten politischen Systemen zu beobachtende Tendenz, daß der Wähler bei Regionalwahlen die im Zentrum oppositionellen Parteien präferiert.<sup>52)</sup> Diese scheinbar gesetzmäßige Gegenläufigkeit im Wahlverhalten bedarf daher bei einem Entwurf möglicher künftiger Szenarien einer besonderen

Berücksichtigung. Unter dieser Prämisse lassen die Ergebnisse der Regionalwahlen zusammengefaßt die folgenden Rückschlüsse zu:

- 1) Die von Ministerpräsident Narasimha Rao geführte Regierung befand sich Anfang der neunziger Jahre auf dem Höhepunkt der Durchsetzung unpopulärer Wirtschaftsreformen und damit zugleich auf dem Tiefpunkt in der Zustimmung der Wählerschaft.
- 2) Die Reformpolitik der von der Kongreßpartei geführten Zentralregierung trägt für die breite Masse der Landbevölkerung bisher keine Früchte und wirkte sich bei den im Jahre 1995 durchgeführten Wahlen zu den Parlamenten von sechs Bundesstaaten nicht erkennbar zugunsten der Kongreßpartei aus.<sup>53)</sup>
- 3) Die Wahlen zu den State Legislative Assemblies waren primär von regionalen Besonderheiten geprägt, aber die regionalen Subsysteme politischer Parteien in den einzelnen Bundesstaaten können nicht als in sich abgeschlossen betrachtet werden. Vielmehr übten die Ergebnisse dieser Wahlen nachhaltigen Einfluß auf die landesweite politische Kultur aus.
- 4) Parteischädigende Egoismen einzelner Kandidaten auf der nationalen Ebene hatten bei den Wahlen zu den State Legislative Assemblies auch ihre regionale Rückwirkung. Die Spaltungstendenzen innerhalb der Kongreßpartei schaden insbesondere in der ersten Jahreshälfte landesweit dem Parteiimage und könnten bei den regionalen Wahlen einige Kandidaten ermutigt haben, als Independents anzutreten.
- 5) Die seit Beginn der neunziger Jahre erkennbaren Veränderungen in der politischen Kultur Indiens, in der die Religion eine zunehmende Rolle spielt, haben sich bei den 1995 durchgeführten Wahlen zu mehreren State Legislative Assemblies fortgesetzt und namentlich in Maharashtra und in Gujarat sogar verstärkt.
- 6) Das säkulare Staatswesen droht durch hindunationalistische Strömungen allmählich aufgeweicht zu werden. Nach den Machtwechseln in Maharashtra und Gujarat haben die Hindunationalisten jedoch eine – allerdings vielleicht nur vorübergehende – Abkehr von politischen Utopien vollzogen und eine insgesamt gemäßigtere und pragmatischere Politik betrieben.

Bei einer angenommenen Machtübernahme durch die Hindunationalisten im Zentrum wäre eine Orientierung der BJP in Richtung auf die politische Mitte auch auf nationaler Ebene wahrscheinlich. Führt man dieses Szenario fort, so wäre eine Spaltung der BJP in einen hindunationalistisch-fundamentalistischen und einen realpolitischen Flügel vorstellbar. Ein Wahlsieg der BJP könnte auch wirtschaftspolitische Auswirkungen haben. Die im Jahre 1991 initiierten Wirtschaftsreformen, die auf eine Privatisierung, Liberalisierung und insgesamt auf eine marktwirtschaftliche Öffnung Indiens abzielen, werden nicht nur aufgrund der starken sozialen Implikationen nicht mit letzter Entschlossenheit vorangetrieben. Diese Halbherzigkeit ergibt sich – trotz des als richtig erkannten neuen Weges – zudem aus der Verkrustung einer jahrzehntlang verfehlten, etatistischen und dirigistischen Wirtschaftspolitik, deren Überwindung bei schwachen Human- und Kapitalressourcen auch durch die Tendenz des Macht- und Privilegienerhalts der früheren Wirtschaftselite erschwert wird. Mit dem Näherrücken des Wahltermins für die Unterhauswahlen trat im Laufe des Jahres 1995 – offenbar aus wahltaktischen Überlegungen heraus – eine Verlangsamung der Reformpolitik ein. Die ökonomischen Zwänge sprechen für die forcierte Fortführung der neuen Wirtschaftspolitik, deren positive Auswirkungen für die breite Wählerschaft bisher allerdings noch nicht spürbar sind. Über die Unumkehrbarkeit des 1991 eingeleiteten Reformkurses besteht unter den wichtigsten politischen Parteien und bei den politischen Meinungsführern weitgehender Konsens.

Eine Vorhersage für die Wahlen zum indischen Unterhaus ist sehr riskant, da in Indien der Anteil an Wechselwählern mehr als ein Drittel der Wählerschaft beträgt und damit höher als in den westlichen Demokratien liegt. Für Demoskopien und Wahlforscher kommt erschwerend hinzu, daß sich wegen des Mehrheitswahlrechts schon geringe Verschiebungen der Stimmenanteile in einer überproportionalen Verschiebung der Mandate ausdrücken. Die in

einzelnen Bundesstaaten erkennbaren Tendenzen im Wahlverhalten lassen sich nicht nur aufgrund der regionalen Besonderheiten kaum auf die Wahlen zum indischen Unterhaus hochrechnen. Vielmehr ist, wie aus dem föderativen System der Bundesrepublik Deutschland bekannt, gerade mit einer gegenläufigen Tendenz zu rechnen. So gesehen sind die Chancen für eine Bestätigung der von der Kongreßpartei im Zentrum geführten Regierung nach der Reihe von Niederlagen in Regionalwahlen paradoxerweise besonders günstig. Es spricht für die indische Demokratie, daß der Ausgang der Parlamentswahlen von 1996 als völlig offen angesehen werden muß.

## Tabellenanhang

Mandatsverteilungen und Stimmenanteile der wichtigsten Parteien bei den Wahlen zu den Parlamenten der Bundesstaaten (State Legislative Assemblies) und zum Unterhaus (Lok Sabha) 1991/54)

Bundesstaat	Wahljahr / Wahlbeteil.	Partei	State Assembly (Sitze)	State Assembly (Prozent)	Lok Sabha 1991 (Sitze)	Lok 1991 (Prozent)	Sabha
Andhra Pradesh	1994	Kongreßpartei	26	34,9	25	45,6	
		Telugu Desam	219	44,0	13	32,3	
		Sonstige	49		4		
		Gesamt	292		42		
	70,9						
Arunachal Pradesh	1995	Kongreßpartei	43	50,3	2	68,9	
		Janata Dal	3	17,3	0		
		Sonstige	14		0		
		Gesamt	60		2		
	79,5						
Assam	1991	Kongreßpartei	65	29,2	8	28,5	
		BJP	10	6,7	2	9,6	
		AGP	19	17,9	1	17,6	
		Sonstige	31		3		
		Gesamt	126		14		
	74,7						
Bihar	1995	Kongreßpartei	29	16,5	1	24,2	
		Janata Dal	160	28,7	31	34,1	
		BJP	41	12,9	5	16,0	
		Sonstige	94		15	25,7	
		Gesamt	324		54		
	59,8						
Goa	1994	Kongreßpartei	18	38,7	2	57,7	
		MGP	12	24,2	0	20,6	
		Sonstige	10		0		
		Gesamt	40		2		
	51,7						
Gujarat	1995	Kongreßpartei	45	33,4	5	29,0	
		BJP	121	43,0	20	50,4	
		Sonstige	16		1		
		Gesamt	182		26		
	54,5						
Haryana	1991	Kongreßpartei	51	56,7	9	37,2	
		HVP	12	12,5	1	5,4	
		SJP	16		0	25,4	
		Gesamt	90		10		
	65,9						





Tamil Nadu	1991	Kongreßpartei	61	15,2	28	42,6			
	AIADMK	163	44,4	11	18,1			Sonstige	8
		0				63,8	Gesamt	234	
	39								
Tripura	1993	Kongreßpartei	10	32,9	2	82,8			
	CPM	44	44,8	0	6,5			Sonstige	6
		0				80,2	Gesamt	60	
	2								
Uttar	1993	Kongreßpartei	28	14,8			Pradesh		BJP
	177	33,4	51	32,8			Janata Dal		27
	11,6	22	21,3					SP-BSP	4
								176	28,7
								6	
		60,6	Gesamt	421		Sonstige	13		
							85		
West Bengal	1991	Kongreßpartei	43	35,0	5	36,2			
	CPI (M)	188	36,7	27	35,2			CPI	6
	1,7	3	3,7						7
							Sonstige	57	
	76,8	Gesamt	294		42				
Delhi	1993	Kongreßpartei	14	34,7	2	39,6			
		BJP	49	43,4	5	40,2			
		Sonstige	7		0				
		Gesamt	70		7				
	64,0								

## Auswahlbibliographie

- Brass, Paul R.: *The Politics of India since Independence*, Cambridge 1994
- Chandra, Bipan: *Ideology and Politics in Modern India*, New Delhi 1994
- Chowdhry, N. K.: *Assembly Elections 1994-95. An Analysis and Results*, New Delhi 1995
- Dikshit, R. D.: *Geography of Elections. The Indian Context*, Jaipur and New Delhi 1995
- Gehlot, N.S.: *Indian Government and Politics*, Jaipur and New Delhi 1995
- Jhingran, Saral: *Secularism in India. A Reappraisal*, New Delhi 1995
- Joshi, P.C.: *Secularism and Development. The Indian Experiment*, New Delhi 1995
- Juergensmeyer, Mark: *Religious Nationalism Confronts the Secular State*, Oxford 1993
- Kaw Bhagat, Anjana: *Elections and Electoral Reforms in India*, New Delhi 1996
- Malik, Yogendra K. and V.B. Singh: *Hindu Nationalists in India. The Rise of the Bharatiya Janata Party*, New Delhi 1995
- Robinson, Francis (Ed.): *The Cambridge Encyclopedia of India, Pakistan, Bangladesh, Sri Lanka, Nepal, Bhutan and the Maldives*, Cambridge 1989
- Rothermund, Dietmar: Indien, in: Dieter Nohlen und Franz Nuscheler (Hrsg.): *Handbuch der Dritten Welt*, Bd. 7: Südasiens und Südostasien, Bonn 1994, S. 205-243
- Rothermund, Dietmar (Hrsg.): *Indien – Kultur, Geschichte, Politik, Wirtschaft, Umwelt*. Ein Handbuch, München 1995
- Thakur, Ramesh: *The Government and Politics of India.*, Basingstoke 1995

- 1) Zum Aufstieg der BJP vgl. Yogendra K. Malik und V. B. Singh: *Hindu Nationalists in India. The Rise of the Bharatiya Janata Party*, New Delhi 1995.
- 2) Einige kleinere Gebiete sind der Unionsregierung unterstellt.
- 3) Vgl. Dietmar Rothermund: Parlamentarische Demokratie und Föderalismus, in: ders. (Hrsg.): *Indien – Kultur, Geschichte, Politik, Wirtschaft, Umwelt*. Ein Handbuch, München 1995, S. 389-408, hier S. 400.
- 4) Zur Vielfältigkeit des indischen Parteiensystems vgl. die Übersicht “Mandatsverteilungen und Stimmenanteile bei den Wahlen zu den Parlamenten der Bundesstaaten (State Legislative Assemblies) und zum Unterhaus (Lok Sabha) 1991” im tabellarischen Anhang.
- 5) Dies war beispielsweise bei dem politischen System der Vereinigten Staaten der Fall, die sich ansonsten in den Variablen gesellschaftliche Heterogenität, regionale Vielfalt,

räumliche Größe, föderative Ordnung und Wahlrecht scheinbar so vorzüglich mit Indien vergleichen lassen. Auch das Westminster-Modell, das in vielerlei Hinsicht bei der Schaffung der indischen Demokratie als Vorbild diente, hat im Kern ein Zweiparteiensystem mit zwei bipolar zueinander ausgerichteten Parteien ausgebildet.

6) Vgl. Dietmar Rothermund: *Parlamentarische Demokratie und Föderalismus*, a.a.O., S. 402.

7) In diesem Punkt liegt der Vergleich mit dem japanischen Parteiensystem um einiges näher.

8) Zu den Wahlergebnissen siehe: V.B. Singh and Shankar Bose: *Elections in India: Data Handbook on Lok Sabha Elections*, New Delhi 1984 (mit Folgebänden).

9) BJS/BJP: Bharatiya Jan Sangh/Bharatiya Janata Party.

10) Bezeichnenderweise wurde das Wort "secular" erst im Jahre 1976 durch die 42. Verfassungsergänzung nachträglich in die (Präambel der) Verfassung eingefügt.

11) Vgl. hierzu Saral Jhingran: *Secularism in India. A Reappraisal*, New Delhi 1995.

12) Zur verfassungsrechtlichen Interpretation des Begriffs "secular" siehe Durga Das Basu: *Introduction to the Constitution of India*, New Delhi 1995, S. 26 f.

13) Zum ideengeschichtlichen Hintergrund des Hindunationalismus siehe Bharat Wariavwallah: "Die Zerstörung des Muslimtempels und die Problematik des Nationalstaats", in: Hartmut Elsenhans (Hrsg.): *Ökonomische Liberalisierung und politischer Fundamentalismus (Comparativ 4. Jg. 1994, Nr. 6)*, Leipzig 1994, S. 78-92.

14) Vgl. Francis Robinson (Ed.): *The Cambridge Encyclopedia of India, Pakistan, Bangla Desh, Sri Lanka, Nepal, Bhutan and the Maledives*, Cambridge 1989, S. 45.

15) In diesem Sinne suchte Ambedkar die Rechte religiöser Minderheiten durch die Betonung des säkularen Charakters des indischen Staatswesens in der Verfassung zu gewährleisten. Zu

Ambedkars Säkularismuskonzeption vgl. N.S. Gehlot: *Indian Government and Politics*, Jaipur and New Delhi, 1995, S. 152 ff.

16) Diesen Standpunkt vertritt beispielsweise Sunil Sethi: BJP a spitting image of Cong, in: *The Pioneer*, 8. Okt. 1995.

17) Zu den Unruhen von Ayodhya siehe K. R. Malkani: "The Politics of Ayodhya and Hindu Muslim Relations", New Delhi 1993 sowie Clemens Jürgenmeyer: "Koexistenz und Konflikt zwischen indischen Religionsgemeinschaften. Das Beispiel Ayodhya", in: Walter Kerber (Hrsg.): *Religion: Grundlage oder Hindernis des Friedens?*, München 1985, S. 79-164.

18) Vgl. Dietmar Rothermund: *Parlamentarische Demokratie und Föderalismus*, a.a.O., S. 404.

19) Zur Vertiefung der Konfliktlinie zwischen Hindus und Muslimen siehe Rafiq Zakaria: *The Widening Divide. An Insight into Hindu-Muslim Relations*, New Delhi 1995.

20) Außerdem wurden in zwei kleineren und politisch weniger bedeutsamen Bundesstaaten, in den nordöstlichen Landesteilen Manipur und Arunachal Pradesh, Wahlen abgehalten.

21) Die Bevölkerungszahlen beruhen auf der zuletzt im Jahre 1991 durchgeführten Volkszählung und bedürfen einer jährlichen Fortschreibung von etwa zwei Prozent.

22) Die Zahlenangaben zu den Wahlen in Maharashtra sind entnommen aus N. K. Chowdhry: *Assembly Elections 1994-95. An Analysis and Results*, New Delhi 1995, S. 166-204.

23) Eine Zusammenfassung des Niedergangs der Kongreßpartei in Maharashtra bietet Prashant Hamine: "1995, a disastrous year for Congress-I in Maharashtra", in: *Free Press Journal* (Bombay), 22. Dez. 1995.

- 24) Vgl. N. K. Chowdhry: *Assembly Elections 1994-95*, a.a.O., S. 181.
- 25) Zu den Wahlergebnissen vgl. die Übersicht im tabellarischen Anhang.
- 26) In Maharashtra existierte früher eine als "Sons of the Soil Movement" bekannte Bewegung, die sich vor allem gegen die zugewanderten Sünder richtete.
- 27) Die Zahlenangaben dieses Kapitels sind entnommen aus N.K. Chowdhry: *Assembly Elections 1994-95*, a.a.O., S. 133-166. Vgl. auch die Übersicht zu den Wahlergebnissen im Tabellenanhang.
- 28) Vgl. ebd., S. 142.
- 29) Vgl. ebd., S. 146 ff.
- 30) Über L. K. Advani siehe Atharam Kulkarni: *The Advent of Advani. An Authentic Critical Biography*, Bombay 1995.
- 31) Siehe hierzu Anil Rana: "BJP fails to keep it's house in order", in: *The Statesman*, 28. Dez. 1995.
- 32) Vgl. hierzu Mayank Mishra: "BJP got more Muslim votes than Cong in Gujarat polls", in: *Business Standard*, 1. Sept. 1995.
- 33) Zu den Wahlergebnissen in Orissa vgl. N. K. Chowdhry: *Assembly Elections 1994-95*, a.a.O., S. 218 ff. und die Übersicht der Wahlergebnisse im tabellarischen Anhang.
- 34) Die kommunistische Partei CPI mit 3,8 und die BJP mit 1,5 Prozent – seinerzeit noch Splitterpartei – erhielten jeweils einen Sitz. Die übrigen sieben Mandate wurden unabhängigen Kandidaten zugeteilt.
- 35) Dieser Betrag entspricht – bei völlig unterschiedlichen Kaufkraftverhältnissen – etwa 8,20 DM.
- 36) Zu dieser Schlußfolgerung gelangt der stellvertretende Parteivorsitzende der Janata Dal, Smita Gupta, in einem gegenüber der Times of India nach der Wahl gegebenen Interview. Zitiert nach N. K. Chowdhry: *Assembly Elections 1994-95*, a.a.O., S. 224 f.
- 37) Die *Tribals* sind Angehörige autochthoner Stämme – oder schlicht "Ureinwohner". Die in Australien verwendeten Begriffe *Aborigines* und *Aboriginals* sind in Indien weniger gebräuchlich. Die *Harijans* sind als Angehörige der untersten Kasten in der traditionellen Vorstellung Unberührbare (*Untouchables*).
- 38) Beispielsweise liegt die Analphabetenquote mit 77 Prozent bei den Frauen und 48 Prozent bei den Männern über dem gesamtindischen Mittelwert.
- 39) Zu den Wahlergebnissen in Bihar vgl. N. K. Chowdhry: *Assembly Elections 1994-95*, a.a.O., S. 102-134 und die Übersicht über die Wahlergebnisse im tabellarischen Anhang.
- 40) Die beiden kommunistischen Parteien CPI und CPI (M) kamen auf 23 bzw. sechs Sitze, und von den übrigen Splitterparteien verdient lediglich die JMM (Jharkhand Mukti Morcha) Erwähnung, die mit drei Prozent 19 Mandate erhielt.
- 41) Zu den diesbezüglichen Besonderheiten in der politischen Kultur Bihars siehe Pradhan H. Prasad: *The Tragedy of Bihar*, New Delhi 1996.
- 42) Unter den Opfern befanden sich beispielsweise der Kandidat der Kongreßpartei im Wahlkreis Gopalganj und ein Kandidat der marxistischen CPI (M), der es trotz eines Aufrufs der Maoisten zum Wahlboykott gewagt hatte, zur Wahl anzutreten. Vgl. N. K. Chowdhry: *Assembly Elections 1994-95*, a.a.O., S. 105.
- 43) Bei den Unterhauswahlen des Jahres 1991 wurden 1.175 Wahllokale gestürmt, dieser Vorgang ist in Indien als *booth-capturing* bekannt. Vgl. ebd., S. 113.
- 44) Zur *President's rule* vgl. Artikel 356 der indischen Verfassung. Zur Anwendung in der Verfassungswirklichkeit Bihars siehe "President's rule in Bihar till a new Govt is formed", in: *The Hindustan Times*, 29. März 1995.
- 45) Zu den Wahlergebnissen in Bihar siehe Mammen Mathew: Bihar: Backwardism to the fore, in: *The Hindustan Times*, 2. April 1995 und S. K. Sinha: Bihar poll and Seshan, in: *The Hindustan Times*, 3. April 1995.

- 46) Seit der Marginalisierung ist die Kongreßpartei in Bihar in sich zutiefst zerstritten. Vgl. hierzu Hemendra Narayan: "Infighting creates problems for Congress in Bihar", in: *The Statesman*, 28. Dez. 1995.
- 47) Sie grenzen im Norden an Bhutan und China, im Osten an Myanmar und im Süden an Bangladesh. Die Namen der fünf übrigen nordöstlichen Bundesstaaten lauten: Assam, Meghalaya, Mizoram, Nagaland und Tripura.
- 48) Zu den Wahlen in Manipur, auf die hier nicht im Detail eingegangen werden kann, siehe N. K. Chowdhry: *Assembly Elections 1994-95*, a.a.O., S. 205-217.
- 49) Einige dieser Opportunisten mußten mehrfach die politischen Fronten gewechselt haben.
- 50) Zu den Wahlen in Arunachal Pradesh, die hier nur skizzenhaft dargestellt werden können, vgl. N. K. Chowdhry: *Assembly Elections 1994-95*, a.a.O., S. 90-101.
- 51) In der Länge der Amtszeit indischer Chief Minister wird er nur noch von seinem westbengalischen kommunistischen Amtskollegen Jyoti Basu übertroffen.
- 52) Das politische System der Bundesrepublik Deutschland bietet ein illustratives Beispiel dafür, daß die Oppositionsparteien im Bundestag über eine deutliche Mehrheit in der Länderkammer verfügen. Dies war übrigens auch in den 70er Jahren mit parteipolitisch umgekehrten Vorzeichen der Fall.
- 53) Die Partei erhofft sich jedoch den Machterhalt in New Delhi unter anderem von einem durch die Liberalisierung ausgelösten Wirtschaftsaufschwung.
- 54) Quellen: N.K. Chowdhry: *Assembly Elections 1994-95. An Analysis and Results*, New Delhi 1995 und Kanchan Malhotra et al.: *Data Set on State Assembly Elections, 1985-95, Centre for the Studies of Developing Societies*, New Delhi 1995 (unveröffentlicht) sowie eigene Zusammenstellung aus indischer Tagespresse. Die in der Tabelle als Parteikürzel verwendeten Namen lauten ausgeschrieben: AGP: Asom Gana Parishad, AIADMK: All India Anna Dravida Munnetra Kazagham, BJP: Bharatiya Janata Party, BSP: Bahujan Samaj Party, CPI: Communist Party of India, CPI (M): Communist Party of India (Marxist), CPM: Communist Party of India (Marxist), HPU: Hill People's Union, HVP: Haryana Vikas Party, JKNC: Jammu & Kashmir National Conference, MGP: Maharashtrawadi Gomantak Party, MJD: Mizo Janata Dal, MNF: Mizo National Front, MPP: Manipur People's Party, NPC: Nagaland People's Council, SDF: Sikkim Democratic Front, SJP: Samajwadi Janata Party, SSP: Sikkim Sangram Parishad.

*Dr. Justus Richter* ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Indien.